



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Kurt Luttenberger**

Donnerstag, 14. März 2019

## **Antrag**

### **Betrifft: 1.700,- Euro Mindestlohn für Magistratsbedienstete und Bedienstete stadtnaher Unternehmen**

Interessantes aus dem Burgenland: Der neu amtierende Landeshauptmann Hans Peter Doskozil plant, die Gehälter der burgenländischen Landesbediensteten per Gesetzesnovelle auf 1.700,- Euro netto (inkl. „harmonisierter“ Zulagen) als Mindestlohn anzuheben. Ein Modell mit konkreten Zahlen dazu befindet sich in Ausarbeitung. Während Personalvertretung und ÖGB sich dazu positiv äußern, kommen erwartungsgemäß aus der Wirtschaft skeptische Stimmen. Natürlich, denn ein solch bemerkenswerter Schritt hätte Signalwirkung. Es geht letztendlich nicht nur um Landesbedienstete, es geht um alle berufstätigen Menschen. In Österreich verdienen rund 317.000 Menschen (stand 2017) trotz Vollzeitarbeit weniger als 1.700,- Euro brutto (14x jährlich). Dazu kommen noch 300.000 Teilzeit- oder nicht ganzjährig Beschäftigte, die für noch niedrigere Löhne arbeiten.

Derzeit befinden sich Österreich, die Steiermark und Graz in einer sehr guten Konjunkturlage. Beispielsweise wird uns ein FacharbeiterInnenmangel in den nächsten Jahren begleiten. Bei vielen wichtigen Berufsbildern - sei es im Sozial- und Pflegebereich, Tourismus usw. - wird händeringend nach Arbeitskräften gesucht. Allerdings, wenn Facharbeitskräfte zum Preis von angelernten Hilfskräften arbeiten sollen, ist es kein Wunder, wenn viele Menschen solche „Angebote“ rundweg ablehnen bzw. ignorieren.

Die amtierende Bundesregierung plant aktuell eine (spürbare?) Steuerreform inklusive Abschaffung der „Kalten Progression“. Dies ist gut und wichtig. Schon mit der Abschaffung der „Kalten Progression“, gekoppelt mit der vom Finanzminister angekündigten Eintreibung von Steuerschulden in Milliardenhöhe, käme die genannte Mindestlohnanhebung fast in die Nähe eines Selbstläufers.

Zur Erinnerung: 2007, nicht gerade ein Jahr mit blühendem Wirtschaftswachstum, wurde zwischen ÖGB und Wirtschaftskammer eine Generalvereinbarung für 1.000,- Euro Mindestlohn geschlossen. Ende 2016, bei durchwachsener Konjunkturlage, einigten sich die Sozialpartner per Generalvereinbarung (gilt aber nicht für alle KV-Verträge) auf eine Mindestlohnanhebung in Höhe von 1.500 Euro brutto (Vollzeitarbeit, Umsetzung bis 2020).

Die Zeit ist aus oben genannten Gründen reif, um per allseits gültigem Generalkollektivvertrag, mindestens als Adäquat für die beschlossenen weiteren Arbeitszeitflexibilisierungen, den Mindestlohn in Höhe von 1.700,- Euro netto rasch einzuführen. Schon Henry Ford sagte: „Menschen mit gutem Lohn kaufen verstärkt auch mehr Produkte, beleben Konsum und Markt“. Dies würde auch der Stadt Graz, als Motor der steirischen Wirtschaft, gut zu Gesicht stehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz sollen ein Gehaltsschema entwickeln, in dem vorgesehen ist, dass Bediensteten des Hauses Graz ein Mindestlohn von 1.700 Euro netto (14 Mal jährlich) zusteht.**